



DIE LINKE. Ratsfraktion Münster, Verspoel 7-8, 48143 Münster

An den Rat der Stadt Münster

z.Hd. Herrn Oberbürgermeister Markus Lewe

DIE LINKE. Ratsfraktion

Verspoel 7-8
48143 Münster

Telefon 0251 / 4909352
Telefax 0251 / 4909269

26. Januar 2010

Betr.: Antrag der Fraktion DIE LINKE. Münster

Erhebung einer Kulturförderabgabe – Attraktivität Münsters sichern und ausbauen

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

- 1. In Münster wird eine 5-10% Kulturförderabgabe auf Übernachtungen in Hotels erhoben.**
- 2. Die Verwaltung prüft die hierfür notwendigen Maßnahmen und Umsetzungsschritte und legt dem Rat bis zur Haushaltsverabschiedung 2010 ein Konzept vor. Die Verwaltung der Stadt wird beauftragt, einen entsprechenden Satzungsbeschluss vorzubereiten.**
- 3. Zusätzlich sollen unterschiedliche finanzielle Einnahmehöhen geprüft werden.**

Begründung

Mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die schwarz-gelbe Bundesregierung eine steuerliche Entlastung von Hoteliers in Höhe von 12 Prozentpunkten beschlossen. Die Kosten dieses Steuergeschenks tragen nicht zuletzt die Kommunen. In Münster werden jährlich zwischen 3 und 4 Mio. Euro fehlen. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage ist diese Entscheidung der Bundesregierung nicht hinnehmbar. Der Rat muss deshalb im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten gegensteuern. Mit einer Kulturförderabgabe, wie sie in Köln auf den Weg gebracht worden ist oder im thüringischen Weimar bereits seit 2005 erhoben wird, könnten die Einnahmeausfälle kompensiert werden.

Münster ist eine Kulturhauptstadt. Das macht mit Sicherheit auch einen Teil der touristischen Anziehung aus. Aufgrund des Haushaltsdefizits wurde in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder im kulturellen Bereich gekürzt. Mit der zweckgebundenen Kulturförderabgabe können diese Mittelkürzungen zum Teil zurückgenommen werden. Außerdem entsteht ein finanzieller Handlungsspielraum, um neue Projekte zu fördern. Das sichert und erhöht die Attraktivität Münsters und kommt nicht zuletzt den Touristen zugute.

Es reicht nicht, wenn die lokalen Parteien immer nur klagen, sobald Bundes- oder Landesregierungen den Kommunen neue Belastungen zumuten und die Mittelzuweisungen kürzen. Soweit rechtlich zulässige Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung existieren, müssen diese konsequent angewendet werden. Insofern die Hoteliers aufgrund der offensichtlichen Klientelpolitik kurzerhand eine 12-prozentige Einkommenssteigerung erhalten, ist es nur gerecht, wenn die Stadt einen Teil davon für wichtige kulturelle Aufgaben zurückfordert.

Mit freundlichen Grüßen

Raimund Köhn

DIE LINKE. Münster

Iris Toulas

DIE LINKE. Münster

Ali Atalan

DIE LINKE. Münster